

Oberbürgermeister  
der Stadt Mannheim  
Herrn Dr. Peter Kurz  
Rathaus, E 5  
68159 Mannheim

Tel.: +49 621 293-9405  
Fax: +49 621 293-9536

fdp@mannheim.de  
www.fdp-mannheim.de

24. August 2015

## Antrag

### rettungsdienstliche Versorgung ist Daseinsvorsorge

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Mannheim

1. setzt sich unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände bei der Landesregierung dafür ein, die rettungsdienstliche Versorgung der Kommunen in kommunale Verantwortung und Organisationshoheit zurück zu führen.
2. besteht auf einer eigene Leitstelle im Stadtgebiet

Bis zur eher langfristigen Umsetzung dieser Forderung

3. setzt sich die Stadt Mannheim für ein Stimmrecht im Bereichsausschuss ein
4. besteht sie gegenüber dem Bereichsausschuss weiterhin darauf, das Gutachten zum Standort Integrierte Leitstelle den Mitgliedern des Gemeinderats zur Verfügung stellen zu können.
5. besteht sie weiterhin darauf, das Gutachten zum Thema rettungsdienstliche Versorgung in Mannheim, Heidelberg, Rhein-Neckar-Kreis, Stand Juli 2014, den Mitgliedern des Gemeinderats zur Verfügung stellen zu können und
6. fordert sie einen Bericht zu den vereinbarten Zielen und zum aktuellen Stand der detaillierten Umsetzung der Ergebnisse dieses Gutachten zur rettungsdienstlichen Versorgung ein und stellt diesen im Gemeinderat vor.
7. fordert sie einen dritten Notarzt für Mannheim und die bedarfsgerechte personelle, Fahrzeug- und finanzielle Ausstattung der Rettungsdienste und der Übergangs-Leitstelle Ladenburg.

Begründung:

Eine zuverlässige und schnelle rettungsdienstliche Versorgung kann lebensrettend sein. Die Sicherheit, dass diese in Mannheim gewährleistet ist, wird beeinträchtigt durch die sich häufenden Presseberichte über Telefonwarteschleifen, nicht eingehaltenen Hilfsfristen und lange Wartezeiten auf Krankentransporte. Wir sind überaus besorgt, da weder die Mannheimer Rettungsdienste noch die Kostenträger die Feststellungen des Gutachtens 1:1 als Umsetzungsziel anerkennen und trotz aller Aufstockungen es offensichtlich nicht gelungen ist im Laufe des letzten Jahres, die Versorgung durchgehend sicher zu stellen, siehe Artikel im MM vom 29.05.2015, 07.07.2015,

27.7.2015, um nur einige der Meldungen anzuführen. Inzwischen schreibt das Rote Kreuz selbst, obwohl es lange Zeit öffentlich eher beschwichtigt hat, dass die Kapazitäten "am Rand des Leistbaren" sind, und meldet Zweifel an, ob die zuletzt beschlossenen Verbesserungen ausreichen. An zwei heißen Wochenenden im Juli ist das System quasi kollabiert, mussten dutzendweise Leute aus der Freizeit geholt, Ehrenamtliche mobilisiert werden, um alle Einsätze zu schaffen.“ (Zitat aus dem MM vom 29.7.2015). Ein dritter Notarzt für Mannheim ist nicht absehbar, die Fahrzeitkapazitäten reichen nicht aus und die Leitstelle in Ladenburg scheint personell überfordert. Die Kommune hat zwar letztendlich die Verantwortung, falls die Versorgung nicht funktioniert, hat jedoch keinen direkten Einfluss auf die Kostenverhandlungen zwischen Rettungsdiensten und Kostenträger und kein Stimmrecht im Bereichsausschuss. Dies ist nur in Baden-Württemberg so geregelt und führt zumindest in unserer Region zu einem nicht haltbaren Zustand. Rettungsdienstliche Versorgung ist Daseinsvorsorge – die Stadt braucht Mitbestimmungsrecht, die Menschen brauchen Sicherheit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Birgit Reinemund  
Stadträtin



Volker Beisel  
Stadtrat